

O-Töne der verschiedenen Organisationen

Anhang der gemeinsamen Pressemitteilung zur Kundgebung vor BMEL am 12. April 2022

Georg Janßen, ABL-Bundesgeschäftsführer, kommentiert:

„Wir müssen jetzt aufstehen für Frieden, Ernährungssouveränität, Klimagerechtigkeit, für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen und unserer Bauernhöfe. Auch mit Blick auf den internationalen Tag der Bäuerinnen und Bauern am 17. April fordern wir: Um weltweit drohende Hungersnöte abzuwenden, sind resiliente Agrarsysteme unverzichtbar. Zugang zu Land, Wasser, Saatgut, Betriebsmitteln und Bildung sind bäuerliche Grundrechte, die weltweit durchgesetzt werden müssen. Zeit für die verantwortlichen Politiker:innen, die politischen Rahmenbedingungen danach auszurichten und sich von Import- und Export-Abhängigkeiten zu lösen.“

Stig Tanzmann, Referent für Landwirtschaft von Brot für die Welt, fügt an:

„Die Verschärfung der globalen Nahrungsmittelkrise braucht eine globale Antwort. Daher fordern wir erneut, was selbstverständlich sein muss und längst geschehen sein sollte: eine Sondersitzung des Welternährungsrats (CFS). Nur so kann sichergestellt werden, dass Entscheidungen nicht über die Köpfe der Hungernden und Mangelernährten hinweg getroffen werden und die besonders betroffenen Staaten zu Wort kommen. Es ist die Aufgabe des Ministers, sich für diese Sondersitzung einsetzen. Ebenso muss der Minister sich dafür stark machen, dass im Bundeshaushalt die Gelder für kurz- und langfristige Maßnahmen zur Hungerbekämpfung erhöht und nicht gekürzt werden.“

Dominik Groß, Referent für Menschenrechte und Klimaschutz in Agrarlieferketten, CIR, erläutert:

„In Brasilien sollen indigene Gebiete im Amazonas als Abbaufäche des für die Sojaproduktion benötigten Phosphats erhalten, da der Kunstdünger aus Russland fehlt. Indigene Gemeinden und Kleinbäuer:innen werden bedroht, um die Interessen der Agrarindustrie durchzusetzen. Dies ist nur eines von vielen Beispielen dafür, wie das krisenanfällige, globale Ernährungssystem Mensch und Natur schädigt, um das Geschäftsmodell mächtiger Unternehmen aufrechtzuerhalten. Dabei ist die Achtung von Landrechten eine Grundvoraussetzung, um den Hunger auf der Welt erfolgreich zu bekämpfen. Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, dass diese Rechte weltweit geschützt werden.“

Prof. Friederike Diaby-Pentzlin, Vorstandsvorsitzende von FIAN, erläutert:

„Seit 6 Jahren steigt die Zahl der hungernden Menschen auf heute über 800 Millionen Menschen. Dies trotz guter Ernten und gefüllter Getreidespeicher. Der Krieg ist ein Hunger-Verstärker und nicht die Ursache. Wir müssen aber an die Ursachen ran, um Hunger ehrlich zu bekämpfen. Das Menschenrecht auf Nahrung ist dafür der richtige Kompass. Es stellt klar, dass hungernde Menschen keine Bittsteller:innen sind, sondern Rechte haben, die es durchzusetzen gilt. Die Bundesregierung sollte das direkte Gespräch mit dem UN-Sonderberichterstatter zum Recht auf Nahrung suchen, um ihr Handeln an den Menschenrechten auszurichten.“

Lena Luig, Referentin für Welternährung bei INKOTA, fordert:

„Die Bundesregierung muss jetzt in Agrarökologie und damit die Zukunft der Landwirtschaft und Welternährung investieren. Ganzheitliche Systeme machen den Zukauf von Saatgut, chemischen Pestiziden und synthetischen Düngemitteln überflüssig. Bäuerinnen und Bauern weltweit sind somit gegen Versorgungsengpässe gewappnet und können sich besser an die Folgen der Klimakrise anpassen.“

Dr. Ilona Auer-Frege, Leiterin MISEREOR-Büro Berlin, kommentiert:

„In der EU werden fast 2/3 des Getreides als Futtermittel verwendet und 3 Prozent für Agrokraftstoffe. Getreide sollte jedoch zuerst der menschlichen Ernährung dienen, nicht im Tank und deutlich seltener im Futtertrog landen. Die Bundesregierung und die EU-Kommission müssen deshalb umgehend Maßnahmen beschließen, die eine Senkung des Verbrauchs von Getreide als Energieträger und Futtermittel bewirken.“

Marita Wiggerthale, Agrarexpertin von Oxfam, fügt an:

„Jede Krise zeigt aufs Neue, wie lebensbedrohend die Importabhängigkeit vom Weltmarkt bei Getreide sein kann. Die steigenden Lebensmittelpreise drohen den bestehenden Hunger in Ländern mit humanitären Krisen wie Kenia oder Somalia zu verstärken, wenn die internationale Nothilfe nicht deutlich und schnell erhöht wird. In den 1980er und 1990er Jahren wurden viele Länder des globalen Südens von Selbstversorgern zu abhängigen Nahrungsmittelimporteuren. Sie wurden durch Strukturanpassungsprogramme gezwungen, ihre Zölle und die staatliche Agrarförderung abzubauen, anstatt die einheimische kleinbäuerliche Landwirtschaft zu fördern. Die Bundesregierung sollte eine kleinbäuerliche und agrarökologische Produktion für die lokale Lebensmittelversorgung fördern und für entsprechende Schutzzölle in Handelsverträgen eintreten.“